

Wil West: Bevölkerung soll mitreden

Nach jahrelanger Planung wird das interkantonal geplante Gewerbegebiet Wil West in den Gemeinden Münchwilen und Sirnach spruchreif.

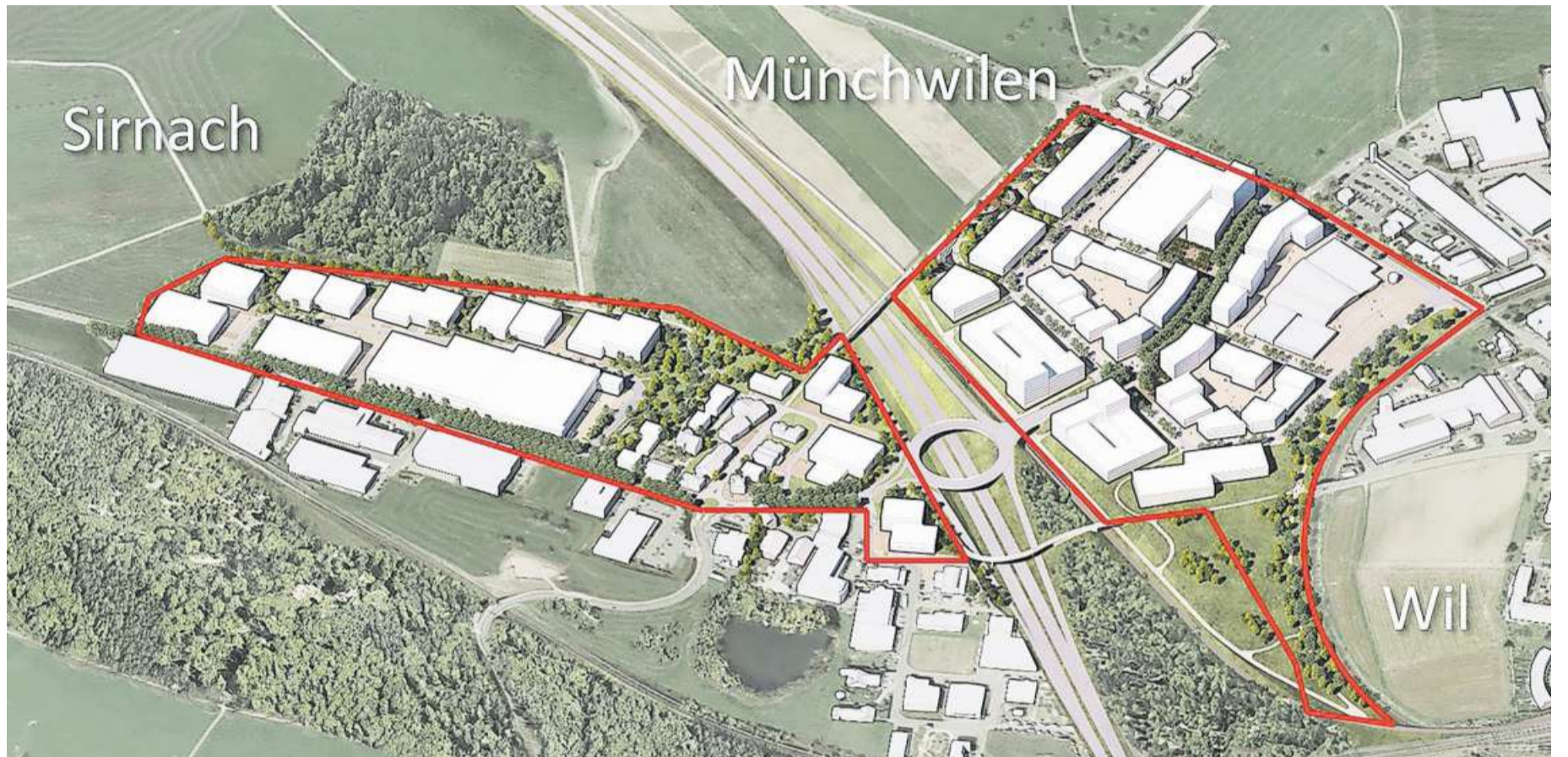
Marcel Elsener

Neues vom Dauerplanungsvorhaben Wil-West, an einem Hitzetag wie damals im August 2015, als im nahen Autoglashaus (Von Rotz) Silicon-Valleyräume mit einer ETH-Filiale Wil diskutiert wurden. Tatsächlich flirrt erneut die Luft auf der Autobahn zwischen St. Gallen und Zürich und erwartet man jederzeit eine Fata Morgana. Doch geht es an diesem Junimittwoch im Sirnacher «Hirschen» nicht um Fantasiegebilde, sondern um die «grossen Schritte vorwärts», die das Generationenprojekt gemacht habe.

Diese Schritte benennt die Thurgauer Regierungsrätin Carmen Haag: Die 2010 begonnene Planung für die zwei Gewerbeareale mit neuem Autobahnkreisel stehe, erstmals könne ein Zwischenergebnis vorgestellt und öffentlich diskutiert werden. Anders gesagt: Haags Departement für Bau und Umwelt hat mit dem Erlass einer kantonalen Nutzungszone die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung des interkantonalen Grossvorhabens geschaffen, nun startet dazu das zweimonatige Mitwirkungsverfahren.

Thurgauer Boden in St. Galler Besitz

Schweizweit einmalig ist das Projekt wegen der Beteiligung zweier Kantone, mehrerer Gemeinden und des Bundes. Weil knapp ein Drittel des 33 Hektaren grossen Areals dem Kanton St. Gallen gehört, nämlich zehn Hektaren auf Münchwiler Boden, plant der Kanton Thurgau mit dem Nachbarkanton als Grundeigentümer. St. Gallen hatte das Grundstück einst für den Ausbau der Psychiatrie in Wil erworben, aber nie gebraucht. Man sei sehr interessiert am Autobahnanschluss und beteilige sich an Erschliessungs- und Vermarktungskosten, sagt die St. Galler Bauchefin und ehemalige Wiler Stadtpräsidentin Susanne Hartmann; der Kanton gründe dazu auch eine Gesellschaft für die Entwicklung und Vermarktung des Areals. Noch in diesem Jahr will sie den Sonderkredit für die Arealentwick-



Wunschvorstellung in 30, 40 Jahren: Bebaute und belebte Flächen des interkantonalen Gewerbegebiets Wil West in Sirnach und Münchwilen.

Bild: PD

lung dem Kantonsparlament vorlegen. Der Weg ist noch weit, «30 bis 40 Jahre» dauert es laut Haag noch bis zum erwünschten «Zielbild», doch mit der neuen Projektphase ist ein Meilenstein erreicht. Entscheidend dafür war auch der Segen aus Bern fürs Agglomerationsprogramm: Statt des einstigen Befunds «ungenügend» (2007) erachte der Bund die Pläne nun als «sinnvoll und nachhaltig». Wie das Areal genutzt, gestaltet, erschlossen und bebaut werden soll, umreissen Spitzenkräfte der Thurgauer Raumplanung, mit Betonung auf die «Aufenthaltsqualität» mit parkähnlichen Anlagen und den ökologischen Ansprüchen, selbstverständlich mit Umweltverträglichkeitsprüfungen. Auch das Thurgauer Parlament ist gefordert: Es soll in diesem oder nächsten Jahr über die zentrale Erschliessungsstrasse (Dreibrunnenallee) beschliessen.

Regionale Debatte und Mitsprache erwünscht

«Wir freuen uns auf eine öffentliche Diskussion», sagt Regie-

rungsrätin Hartmann und weiss wohl um die jüngste Kritik, speziell von grüner Seite im Wiler Stadtparlament, die nach einer verweigerten Debatte von

«Erstmals kann ein Zwischenergebnis vorgestellt und öffentlich diskutiert werden.»



Carmen Haag
Thurgauer Regierungsrätin

Maulkörben sprach. Die kantonale Hoheit über die Nutzungszone war von den beteiligten Gemeinden allerdings erwünscht gewesen, und nun ist die Mitsprache explizit erwünscht.

Noch habe der Arbeitsplatzschwerpunkt «nicht viele Fürsprecher», doch soll er ein weit ausstrahlender Ort werden, «wo man gern hinget und mit Stolz arbeitet», meint Lucas Keel, Präsident der Regio Wil und Uzwiller Gemeindepräsident. Eine öffentliche Diskussion sei für die Gemeinden wichtig, die teilweise auf eigene Entwicklungen verzichten.

«Um schrittweise zu wachsen, darf eine Polarisierung in Kauf genommen werden», so Keel. Dass die 23 Gemeinden der Regio Wil an einem Strang ziehen, zeigt sich an der bereits erfolgten Zustimmung von 21 Gemeinden zum Agglomerationsprogramm, das den Verzicht auf grössere Einzonungen für eigene Gewerbegebiete eben mit sich bringt. – Das Vorhaben

brauche «Geduld und Nerven wie Drahtseile», meinte der frühere St. Galler Bauchef Willi Haag schon 2014, als die Regierungen den Masterplan vorstellten und ein Baubeginn für 2020 ins Auge gefasst wurde.

Baustart ab 2024 mit Bahn- und Stromprojekten

Nun ist die öffentliche Auflage der Nutzungszone inklusive Umweltverträglichkeitsbericht für Ende 2022 geplant, 2023 folgen die Abstimmungen in Münchwilen und Sirnach über die Infrastrukturkostenbeiträge, ab 2024 soll der Bau mit der Umlegung der FW-Bahn und der Apxo-Stromleitung beginnen, gefolgt von der Dreibrunnenallee (ab 2026) und den Hochbauten sowie Autobahnanschluss (ab 2027).

Ob Wil-West dereinst zum Vorzeige-Industriegebiet mit Dutzenden regionalen, nationalen und internationalen Firmen und günstigstenfalls 3000 grösstenteils hochwertigen Arbeitsplätzen wird, hängt von den Efforts der Behörden und

der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ostschweiz ab. Das Potenzial des Standorts im Zentrum der beiden Achsen Zürich-St. Gallen und Toggenburg-Bodensee mit besten Verkehrsverbindungen (Autobahn, ÖV) sei jedenfalls auch von nationalen Investoren bestätigt worden, sagt Susanne Hartmann. Und beispielsweise sei auch ein Fachhochschulzentrum weiterhin denkbar.

Von wegen Geduld: Die ist vor allem auch auf Seiten der regionalen Gemeinden gefragt, wie Regio-Wil-Präsident Lucas Keel sagte: «Die Gemeinden müssten jetzt die Luft anhalten, damit der Druck an den richtigen Ort gelenkt wird.»

Zur Ausgestaltung und zum Inhalt der kantonalen Nutzungszone können sich alle Interessierten bis zum 17. September 2021 im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens äussern. Eingereicht werden kann die Stellungnahme online über <https://e-vernehmlassungen-dbu.tg.ch/de/>

Ostschweizer Kantone begrüssen Lockerungen des Bundes

St. Gallen, beide Appenzell und Thurgau zeigen sich über die Schritte des Bundes erfreut. Sie kritisieren die Regelungen aber als zu komplex.

Der Impffortschritt und die epidemiologische Entwicklung im Zusammenhang mit dem Coronavirus «zeigen eindeutig, dass ein weitgehender Öffnungsschritt angezeigt ist», schreibt die St. Galler Regierung in einer Medienmitteilung. Die Regierung befürwortet daher die grundsätzliche Stossrichtung des Bundesrates. Die neue Vorlage («fünfter Öffnungsschritt») mit ihren detaillierten, kleinteiligen Regelungen gehe jedoch zu wenig weit und sei zu kompliziert. Die Regierung hält deshalb fest: «Vom Bundesrat wer-

den deutlich einfachere und weniger Regelungen erwartet.» Die Konsultationsantworten wurden laut der Mitteilung wiederum unter den Kantonen St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Thurgau abgestimmt.

Dass sich die epidemiologische Lage positiv entwickelt und die Durchimpfung der Bevölkerung weiter voranschreitet, belegt der Kanton in seiner Stellungnahme mit Zahlen. So sind aktuell im Kanton St. Gallen über 220 000 Personen mit mindestens einer Impfung ge-

impft, was einem Anteil von rund 50 Prozent der ständigen, erwachsenen Wohnbevölkerung entspricht. Es werde davon ausgegangen, dass dieser Wert bis im Juli noch markant steige.

Komplexe Regeln als kontraproduktiv erachtet

Aus welchen Gründen befürworten die Ostschweizer Kantone nun einfachere Regeln für den Alltag? «Es besteht die Gefahr, dass sich die Bevölkerung aufgrund der Komplexität kaum an die Regelungen halten wird und die Behörden Schwierigkei-

ten haben werden, die Bestimmungen zu vollziehen», argumentiert die St. Galler Regierung in ihrem Schreiben.

Vom Bundesrat werde «eine wesentliche Vereinfachung der Regelungen» erwartet. Nach Auffassung der Regierung sollen nur noch wenige und möglichst einfache Massnahmen, die aufgrund einer klaren risikobasierten Beurteilung unverzichtbar sind, beibehalten werden – zum Beispiel mit Blick auf die Einreise und grenzsanitarische Massnahmen oder die Staffelung der Öffnung von Grossveranstaltungen.

Wichtiger Bestandteil einer allgemeinen Öffnung muss nach Meinung der St. Galler Regierung sein, dass die Homeoffice-Verpflichtung ohne weitere Auflagen entfällt. Die Arbeitgeber seien willens und in der Lage, gemeinsam mit den Arbeitnehmenden auf Stufe Betrieb das erforderliche und angemessene Mass an Homeoffice zu definieren.

Auch Regeln für Messen wie die Olma überprüfen

Zu überprüfen ist nach Meinung der St. Galler Regierung auch

das Massnahmen-Dispositiv bei Fach- und Publikumsmessen. Mit den weiterhin vorgesehenen Beschränkungen – etwa in den Bereichen Kapazität/Zugang, Gastronomie, Abstand, Maskenpflicht) sei es nur schwer vorstellbar, dass Veranstaltungen wie die Olma in diesem Jahr durchgeführt werden könnten. «Mit der Beschränkung des Zugangs auf Personen mit Covid-Zertifikat kann im Wesentlichen auf weitere einschneidende Massnahmen verzichtet werden», hält die Regierung fest. (red)